

UNION

„C“ auf Tauchstation

CDU und CSU haben bei der Bundestagswahl die Stimmen vieler Katholiken eingebüßt. Wie darauf reagieren? Der Streit darüber beutelt die Partei mehr, als die Führung wahrhaben will.

■ VON MATTHIAS GIERTH



LEERSTELLE: Zahlreiche Parteimitglieder sind nicht mehr sicher, ob im Adenauerhaus genügend Sensibilität für christliche Positionen vorhanden ist.

Foto: Felix Seuffert/imagetrust

Angela Merkel war zum Scherzen aufgelegt. Als die CDU-Vorsitzende am vergangenen Donnerstag das Klausurgespräch mit den beiden Bischöfen Margot Käßmann und Robert Zollitsch verließ, spottete sie: „Anordnungen“ der beiden Kirchenleute, das „C“ im Parteinamen stärker auszufüllen, habe sie nicht gehört. Dabei dürften die Analysen zur Bundestagswahl der Kanzlerin gar keinen Spaß machen: Zwar haben 67 Prozent der Katholiken mit starker Kirchenbindung im Westen die Unionsparteien gewählt. Aber im Vergleich zum Jahr 2005 sind das fünf Prozentpunkte weniger. Blickt man auf die Katholiken insgesamt, so machen noch 44 Prozent ihr Kreuz bei der Union, auch das sind fast fünf Prozent weniger als bei der letzten Wahl.

Da ist es nicht erstaunlich, dass CDU und CSU sich derzeit heftig um die Frage streiten, wie es geschehen konnte, dass die einst so sicheren kirchennahen Wählergruppen mit den C-Parteien fremdeln. Wolfgang Bosbach, einer der prominenten Katholiken der Unionsfraktion, muss nicht lange nachdenken: „Wir betonen ständig, dass das ‚C‘ zum Markenkern der Union gehört. Entscheidend aber ist, wie sich das ‚C‘ auf konkrete

politische Entscheidungen auswirkt.“

Der langjährige Fraktionsvize und heutige Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses nimmt zielsicher das Berliner Alltagsgeschäft ins Visier: Bei zahlreichen Politikthemen, besonders in ethischen Fragen, sind CDU und CSU von anderen Parteien kaum noch zu unterscheiden. „Bei der Forschung mit embryonalen Stammzellen hatte die CDU alle denkbaren Positionen im Angebot, eine eindeutige Haltung der Partei war leider nicht erkennbar“, so Bosbach. Peter Hintze und Katherina Reiche fochten für die Freigabe der Forschung, Forschungsministerin Annette Schavan stritt für eine erweiterte Stichtagsregelung. Ein Kompletterbot, das die katholischen Bischöfe forderten, war in der Union chancenlos.

Einer, der sich aufgrund seiner Glaubensüberzeugung dem Import von Stammzellen vehement widersetzte und unterlag, ist Hubert Hüppe. Der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete und jetzige Behindertenbeauftragte der Bundesregierung gibt sich zwar überzeugt, das „C“ sei noch immer der „Leitfaden der Politik der CDU“. Er klagt aber unumwunden: „Über bestimmte Werte reden wir in der CDU zu wenig. Es reicht nicht, einen Parteitag mit einem Gottesdienst zu eröffnen. Das ‚C‘ muss in praktische Politik münden. Das war in letzter Zeit zu wenig spürbar.“ Hüppes Defizitliste ist lang: „Das ‚C‘ muss Relevanz haben in unserer Familienpolitik, beim Lebensschutz, in der Entwicklungshilfe, beim Thema Bewahrung der Schöpfung. Wir dürfen uns bei diesen Themen nicht den Rang ablaufen lassen.“

Mit Abstand verfolgt der protestantische Teil der Union die Debatte. So äußert der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK), Thomas Rachel, zwar, es gehe in der Tagespolitik „manchmal unter“, die „Fundierung des christlichen Handelns sichtbar zu machen“. Auch gebe es „Nachholbedarf – etwa in der Familienpolitik oder beim Thema Generationengerechtigkeit“. Aber auf die Frage, ob Christen sich in der Union zu wenig einbrächten, muss er nicht zweimal überlegen: „Im Gegenteil. Die gesamte CDU-Führung besteht aus aktiven Christen.“

Schon gar nicht mag Rachel sehen, dass die Union Christen als Wähler verliert: „Die Partei, die am stärksten von Protestanten gewählt wurde, ist die CDU/CSU. Bei den Katholiken hat es in Westdeutschland einen Stimmenverlust gegeben. Im Osten ist die Zustimmung zur CDU hingegen gleich hoch geblieben. Über die Jahre hinweg ist die Zustimmung der Protestanten für die Union größer geworden.“

Rachel kann mit dem EAK auf eine große Vergangenheit zurückblicken. Der Arbeitskreis wurde 1952 von so bedeutenden Politikern wie Ehlers und Gerstenmaier gegründet. Zu Beginn der Achtzigerjahre prägten ihn Vorsitzende wie Roman Herzog und Geschäftsführer Wilhelm Staudacher. Heute wird jeder Unionsprotestant automatisch Mitglied – eine vergleichsweise bequeme Lösung. 162 000 Personen kommen so derzeit

zusammen. Trotz der zahlenmäßigen Stärke mangelt es in den letzten Jahren an inhaltlichen Impulsen – weder in der Familienpolitik noch bei der Stammzellforschung oder Fragen von Krieg und Frieden hat der EAK groß von sich reden gemacht.

Die protestantische Parteiführung mit Angela Merkel und Hermann Gröhe an der Spitze findet bislang keine rechte Antwort auf die Unruhe im katholischen Parteiflügel. Zwar hat Gröhe als bekennender evangelischer Christ weit mehr Verständnis für die Relevanz des „C“ als sein Vorgänger Ronald Pofalla. Hätte Gröhe und nicht der heutige Kanzleramtsminister den CDU-Grundsatzprogrammprozess gesteuert, wären christliche Positionen viel stärker zum Tragen gekommen, heißt es auch aus dem Parteivorstand. Aber als sich vor Weihnachten ein Arbeitskreis Engagierter Katholiken (AEK) gründete, reagierte das Adenauerhaus äußerst reserviert.

In der Initiative haben sich Katholiken zusammengeschlossen, die auf der Grundlage ihres Glaubens einen Beitrag zur klareren Positionierung der CDU leisten wollen. Zu den Gründern gehören der bayerische Ex-Staatsminister Thomas Goppel genauso wie der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis. Auch der Trierer Sozialethiker Wolfgang Ockenfels und Benediktiner-Abtprimas Notker Wolff sind dabei.

Der Sprecher des AEK, der Publizist Martin Lohmann, gibt sich kämpferisch: „Viele katholische Christen, die bisher überzeugte Stammwähler waren, fühlen sich politisch nicht mehr richtig beheimatet in der CDU. Das will der AEK wiederherstellen. Uns ist es nicht egal, dass die Union seit 2002 rund vier Millionen Wähler verloren hat – und darunter sehr viele katholische.“ Zwar gebe es viele katholische Politiker. Dennoch sei das Katholische „zunehmend weniger sichtbar“. Daher wolle der AEK „Einfluss haben, mitreden, mitgestalten“. Von etwa 600 Mitgliedern bisher spricht die Gruppe.

Der Evangelische Arbeitskreis, ebenfalls im Adenauerhaus ansässig, zeigt sich wenig euphorisch über neue Mitstreiter. „Wir konzentrieren uns auf die Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises“, ist Rachels knappe Reaktion. „Gründungen anderer Gesprächskreise möchte ich nicht kommentieren.“

Wolfgang Bosbach, der inzwischen beim AEK mitwirkt, kann das nicht verstehen: „Es gibt offensichtlich Leute in der CDU“, klagt er, „die ernsthaft der Ansicht sind: Achtung, hier gibt es eine Basisinitiative, die die Rolle rückwärts will. Davon kann jedoch keine Rede sein. Anstatt dass man sagt: Es ist schön, dass hier engagierte Katholiken mitarbeiten, zucken einige zusammen, als sollte Unheil organisiert werden.“

Ein Novum ist eine katholisch orientierte Gruppierung freilich nicht. Längst gibt es Kreise von Katholiken, die ganz selbstverständlich mit ihrem Katholischsein die Partei prägen. So arbeitet der 1993 von einigen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegründete Kardinal-Höffner-Kreis als „Forum engagierter Christen“ an der Nahtstelle

zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mehr als zehn Jahre hatte der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Georg Brunnhuber den Vorsitz inne. Seit dessen Ausscheiden aus dem Parlament in der neuen Legislatur ist das Gremium allerdings führungslos. Als Nachfolger wird der Waldshuter Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger gehandelt, der auch Kolping-Bundesvorsitzender ist.

Ein Höffner-Kreis-Mitglied, das anonym bleiben möchte, moniert allerdings, er könne sich nicht erinnern, dass das Gremium versucht hätte, „auf zentrale politische Entscheidungen in Partei oder Fraktion Einfluss zu nehmen“. Die Gruppe, die sich drei- bis viermal im Jahr treffe, sei mehr ein Gesprächskreis. „Ich will ihn nicht marginalisieren. Aber die Zielrichtung ist anders.“ Georg Brunnhuber selbst ist zurückhaltend gegenüber dem EAK. Er fürchtet, ein solcher Kreis schade dem „umfassenden Anspruch, den wir als Katholiken in der Union erheben“. Das katholische Element müsse „vor allem durch die Persönlichkeiten der aktiven Katholiken selbst in die CDU eingebracht werden“. Auch aus der katholischen Kirche selbst ist das zu hören. Natürlich, sagt Hubert Hüppe, der mit einer Mitgliedschaft beim AEK noch zögert, decke der AEK derzeit nicht das ganze Spektrum der Katholiken in der Union ab. „Es handelt sich augenblicklich um eher kirchennahe Katholiken. Aber anders positionierte Katholiken werden ja vermutlich nicht mit einem Aufnahmeverbot belegt.“

Dass die Bandbreite des Katholischen nicht verengt werden darf, sondern groß ist, unterstreicht auch der CSU-Politiker Alois Glück. „Norbert Lammert oder Annette Schavan“, so der neue Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, „sind überzeugte Katholiken. Sie erreichen viele Intellektuelle. Mancher Konservative fühlt sich von ihnen gleichwohl nicht vertreten.“ Das schafften dagegen Abgeordnete wie etwa Norbert Geis, „von dem sich dann allerdings viele andere hoch engagierte Christen nicht vertreten fühlen“.

Glück, der konzediert, dass Christliches im Grundsatzprogramm der CSU noch einen stärkeren Stellenwert hat als bei der CDU, fürchtet beim C-Streit eine generelle Engführung. So werde immer wieder suggeriert, es gäbe einige christliche Spezialthemen. „Tatsächlich hat das Christentum politische Arbeit rechenschaftspflichtig vor Gott und den Menschen gemacht. Es geht um eine innere Grundhaltung, nicht um Einzelthemen“, selbst wenn es zentrale Fragen gebe. Auch reiche es nicht, wenn Konservative lediglich als Kritiker aufträten: „Es werden häufig nur Erwartungen formuliert, inhaltliche Anstöße kommen aber kaum. Nur Defizite anzumerken hilft nicht.“

Für den langjährigen Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission besteht das größte Defizit denn auch darin, dass zu wenig Menschen aus christlichen Gemeinschaften nachwachsen, um sich politisch zu engagieren: „Wir haben so viele Chancen wie schon lange nicht mehr, mit unseren Positionen gehört zu werden.“ Dies liege an der allgemeinen Verunsicherung und der Suche nach Orientierung. „Aber wir haben einen

eklatanten Mangel an Katholiken aus der mittleren und jüngeren Generation, die aus kirchlichen Gemeinschaften kommen und persönlich die Brücke bilden zwischen Kirche und Politik und das mit entsprechender Kompetenz einbringen.“

Dies ist für Glück auch die Messlatte, an der sich die Relevanz jeglichen christlichen Engagements in der Union entscheidet: „Kommen durch Gruppierungen mehr Menschen aus kirchlichen Gemeinschaften ins politische Leben? Dann wäre es ein wirklicher Impuls und kann etwas bewegen.“

© Rheinischer Merkur Nr. 3, 21.01.2010